

Für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung – jetzt!

Nachdem sich im September 2016 auch die CSU für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung ausgesprochen hat, ist die CDU nun die einzige im Bundestag vertretene Partei, die eine entsprechende Gesetzesänderung blockiert. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel hat DKSB-Präsident Heinz Hilgers diese aufgefordert, ihren großen Einfluss geltend zu machen, damit die CDU ihre Blockadehaltung aufgibt.

Das Aktionsbündnis Kinderrechte, dem auch der DKSB angehört, schlägt vor, die Rechte der Kinder wie folgt in einem neu zu schaffenden Artikel 2a in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen:

- Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur bestmöglichen Entfaltung seiner Persönlichkeit.
- Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes. Sie unterstützt die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag.

• Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in Angelegenheiten, die es betreffen. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu berücksichtigen.

• Dem Kindeswohl kommt bei allem staatlichen Handeln, das die Rechte und Interessen von Kindern berührt, vorrangige Bedeutung zu.

Dieser neue Artikel stellt klar, dass Kinder als Grundrechtsträger anerkannt und mit besonderen Rechten ausgestattet sind. Grundlage der vorgeschlagenen Formulierung sind die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention: Schutz, Förderung, Beteiligung, Nichtdiskriminierung und der Vorrang des Kindeswohls. Dieser Formulierungsvorschlag lässt ausdrücklich die Rechte der Eltern nach Artikel 6 des Grundgesetzes unangetastet.

Wir hoffen sehr darauf, dass noch in dieser Legislaturperiode die dringend notwendige Änderung des Grundgesetzes zustande kommt.

Ingrid Klimke, Olympiasiegerin und Schirmfrau des DKSB Münster

„Wir müssen Kindern die bestmöglichen Bedingungen für ihr Aufwachsen zur Verfügung stellen. Auch als Mutter von zwei Töchtern liegt mir eine unbeschwertere Kindheit für alle sehr am Herzen.“

Der Kinderschutzbund Münster leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Seine Kinderschutzarbeit ist einfach klasse und wertvoll.“

Foto: Julia Rau

Liebe Leserinnen und Leser,

das Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ bietet seit dem Jahr 2005 an zehn Standorten ein kostenloses und durch die Schweigepflicht geschütztes Behandlungsangebot für Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen und therapeutische Hilfe suchen. Ziel der Therapie ist es, Betroffene, die über ein Problembewusstsein verfügen, dahingehend zu unterstützen, mit ihren hebephilen und pädophilen Neigungen leben zu lernen und das ohne sexuelle Übergriffe durch direkten körperlichen Kontakt oder indirekt durch den Konsum von Missbrauchsabildungen im Internet.

Die Finanzierung des Präventionsprojektes durch das Bundesjustizministerium wird Ende des Jahres auslaufen und nicht verlängert. Daher werden gerade Gespräche mit den Krankenkassen geführt. Vorbeugende Therapien könnten eine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung werden, was im Sinne eines präventiven Kinderschutzes sehr sinnvoll wäre. Eine entsprechende Gesetzesänderung ist noch für dieses Jahr geplant. Zu hoffen ist, dass die Finanzierung weiterhin gesichert ist, da die Analysen der bisherigen Therapien ergaben, dass fünf Jahre nach dem Abschluss einer Therapie keiner der Teilnehmer einen sexuellen Missbrauch an einem Kind oder Jugendlichen begangen hat.

(Quellen: www.kein-taeter-werden.de / www.rbb-online.de, Stand: 27.10.16)

Ihr

Christoph Heidbreder
1. Vorsitzender





Schule gegen sexuelle Gewalt: Sichere Orte für Kinder und Jugendliche schaffen

Sexuelle Gewalt gegen Jungen und Mädchen ist nach wie vor eine gesellschaftliche Realität. Es ist davon auszugehen, dass durchschnittlich in jeder Schulklasse mindestens ein bis zwei Kinder oder Jugendliche betroffen sind. Sie kann überall stattfinden, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten – in der Familie, der Nachbarschaft, im Verein, in Institutionen, in virtuellen Räumen. Und meist ist für die Betroffenen damit ein hoher Geheimhaltungsdruck und große Scham verbunden.

In präventiver Hinsicht brauchen Mädchen und Jungen Stärkung und Ermutigung, selbstbewusst zu sein und ihre Meinung zu äußern, ihre Gefühle zu achten, „Nein“ zu sagen und sich Hilfe zu suchen. Und sie benötigen auch Informationen – über ihren Körper, ihre Rechte, über schöne und blöde Geheimnisse, über erlaubte und verbotene Berührungen, über verschiedene Formen sexueller Gewalt sowie über Tricks und Strategien von Täterinnen und Tätern. All dies stärkt ihre Schutzfaktoren.

Aber: Kinder und Jugendliche können sich nicht alleine schützen, denn sexuelle Gewalt ist immer auch ein Machtmissbrauch. Die Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen liegt daher stets bei den Erwachsenen!

Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu der Thematik gibt es nun schon seit vielen Jahren in Form von Öffentlichkeitsarbeit, Fort- und Weiterbildungen, Elternarbeit und Projekten mit Jungen und Mädchen. In den letzten Jahren sind dabei verstärkt pädagogische Institutionen in den (kritischen) Blick gerückt. Ausgelöst durch die Berichte zahlreicher Männer und Frauen über Gewalterfahrungen in kirchlichen und pädagogischen Einrichtungen während ihrer Kindheit und Jugend, hat das Thema „Missbrauch in Institutionen“ – endlich – große Aufmerksamkeit erlangt. Auf Bundesebene gibt es seit März 2010 das Amt der/des „Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs“ (UBSKM), das aktuell Johannes-Wilhelm Rörig innehat.

2013 rief er die Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ ins Leben. Sie hat zum „Ziel, dass alle Einrichtungen und Organisationen in Deutschland wie Schulen, Kindertagesstätten, Heime, Sportvereine, Kliniken und Kirchengemeinden Schutzkonzepte zur Prävention und Intervention einführen. Sie sollen zu Orten werden, an denen Kinder und Jugendliche wirksam vor sexueller Gewalt geschützt sind.“ (www.kein-raum-fuer-missbrauch.de/initiative).

Schutzkonzepte zielen darauf ab, dass Institutionen einerseits zu Orten werden, an denen betroffene Kinder und Jugendliche sich Bezugspersonen anvertrauen und Hilfe finden, und zugleich dafür sorgen, dass sexuelle Gewalt in der Einrichtung selbst keinen Raum hat. Sie sind ein Zusammenspiel aus Analyse, strukturellen Veränderungen, Vereinbarungen und Absprachen sowie Haltung und Kultur einer Organisation. Am Anfang stehen dabei stets eine Potenzial- sowie eine Risikoanalyse. Weitere Elemente sind wie ein Verhaltenskodex, Partizipation, Beschwerdeverfahren sowie konkrete Präventionsmaßnahmen. Fortbildungen, klare Handlungsstrukturen und die Kooperation mit Fachstellen sorgen dafür, dass Fachkräfte sich in der Thematik handlungssicherer fühlen, die (versteckten) Signale von Betroffenen wahrnehmen und Hilfe vermitteln können. Schutzkonzepte geben einen Rahmen für planvolles Sprechen über und Handeln gegen sexuelle Gewalt.

Dabei gibt es allerdings keine einheitlichen und allgemeingültigen Konzepte, sondern jede Einrichtung muss letztlich (mit Hilfe der zentralen „Säulen“) ihr eigenes, passgenaues Schutzkonzept entwickeln. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die eine Zusammenarbeit aller Beteiligten erfordert und für die die Unterstützung durch externe Expert*innen, z. B. aus Fachberatungsstellen, sehr hilfreich und empfehlenswert ist.

Zentrale Bedeutung kommt im Kontext des institutionellen Kinderschutzes insbesondere den Schulen zu, da so gut wie alle Kinder und Jugendlichen eine Schule besuchen und hier viel Zeit verbringen.

Die Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt liegt stets bei den Erwachsenen!

Ganz aktuell ist im September nun die bundesweite Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“ des USBKM in Kooperation mit den Kultusministerien gestartet und hat ihren Auftakt in Nordrhein-Westfalen genommen. Mit der Initiative „sollen die über 30.000 Schulen in Deutschland fachlich unterstützt und ermutigt werden, Konzepte zum Schutz vor sexueller Gewalt zu entwickeln und zum gelebten Schulalltag werden zu lassen“, so Rörig.

Dabei erhält jede Schule eine Infomappe mit Informationen dazu, welche Bestandteile ein Schutzkonzept enthalten sollte und wie das Thema im Kollegium sowie mit den Schüler*innen und Eltern angegangen und umgesetzt werden kann. Darüber hinaus gibt es online ein Fachportal (www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de), das viele Materialien sowie bundesländer-spezifische Angebote und Informationen enthält.

Die Beratungsstelle im DKSB ist als eine von drei Fachberatungsstellen in Münster zur Thematik „Gewalt gegen Mädchen und Jungen“ seit vielen Jahren in der präventiven Arbeit mit Schüler*innen und Eltern, in der Unterstützung von Betroffenen sowie in der Fachberatung tätig. Wir begrüßen diese Initiative des Unabhängigen Beauftragten und der Kultusministerien sehr und erhoffen uns davon eine gute fachliche Unterstützung der Schulen bei der engagierten Erfüllung ihres Kinderschutzauftrages. Münsteraner Schulen bieten wir uns dabei sehr gerne als Kooperationspartner an – denn Kinderschutz gelingt nur in Verantwortungsgemeinschaft.

Christoph Knack, Beratungsstelle

DKSB macht Ferien

In den Weihnachtsferien bleiben unsere Geschäfts- und unsere Beratungsstelle vom 23.12.2016 bis zum 08.01.2017 geschlossen.

Aktuelles

Erneute Spende von Studierenden der DHPol

Von Studierenden der Deutschen Hochschule der Polizei in Hiltrup haben wir eine Spende über 1.642,60 Euro erhalten. Ein Jahr lang haben die Polizist*innen Spenden für den Münsteraner Kinderschutzbund gesammelt. Seit Jahren führen Studierende des Nordverbundes eine solche Spendenaktion durch. Wir freuen uns darüber, dass auch die nächste Studierenden-Generation an dieser guten Tradition festhalten wird.



Wir haben die Spende explizit zur Finanzierung von Personalstunden in unserer Verwaltung erhalten. Für die Studierenden war das selbstverständlich: Denn ohne gute und effiziente Verwaltung gibt es bekanntlich auch keine Kinderschutzarbeit.

Hendrik Greve, Dieter Kaiser (DKSB Münster),
Ulf Bettermann-Jennes, Wiebke Müller (v.lks.n.re),
Foto: Sylvia Höpper

Spielfest zum Weltkindertag

Zum Weltkindertag haben wir am 18. September zusammen mit dem Kinderbüro der Stadt Münster das traditionelle Spielfest im Münsteraner Südpark veranstaltet. Bei gutem Wetter kamen viele Kinder mit ihren (Groß-)Eltern zu Jonglage, Zauberei, Gesang und Tanz in den Südpark. Gemeinsam mit anderen Vereinen und Einrichtungen, die sich in Münster für Kinder und Jugendliche engagieren, haben wir den Kindern ihre Kinderrechte spielerisch näher gebracht.

Austausch über Bildungs- und Teilhabepaket

„Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert“ – so lautete unsere Einschätzung, die wir in der Juli-Ausgabe des „Einblick“ deutlich machten. Für den Münsteraner Bundestagsabgeordneten Christoph Strässer und den Münsteraner SPD-Vorsitzenden Robert von Olberg war das Anlass, Geschäftsführer Dieter Kaiser zum Gedankenaustausch einzuladen. Schnell war sich die Gesprächsrunde einig, dass auch in Münster Kinderarmut ein Problem sei. Kaiser machte deutlich, dass unter anderem der Deutsche Kinderschutzbund seit vielen Jahren die Einführung einer Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut fordere.

Deren Einführung, so Strässer, wäre in der Tat ein möglicher Schritt, um die Situation von Kindern grundlegend auf stabilere Füße zu stellen. Die Kindergrundsicherung wäre höher als das derzeitige Kindergeld und würde bedürftigeren Familien stärker zu Gute kommen. „Gerade bei Familien von Alleinerziehenden mit mehreren Kindern, die besonders häufig von Armut bedroht sind, könnte die Kindergrundsicherung der Armut besser vorbeugen“, so von Olberg. Auch über die Notwendigkeit der Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz waren sich Politiker und DKSB-Geschäftsführer einig. „Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern haben eigenständige Bedürfnisse und Rechte, die es besonders zu schützen gilt“.

Was – Wo – Wann

Neue KJT-Auszubildende gesucht

Am 1. März 2017 startet die Ausbildung zum Berater oder zur Beraterin am Kinder- und Jugendtelefon (KJT), für die der DKSB Münster neue Interessierte sucht.

Am 29. November und am 17. Januar 2017 (jeweils um 19:00 Uhr in unseren Räumlichkeiten) informieren Ausbilder und KJT-Aktive über Ausbildung und Praxis.

Infos unter 4 71 80 (Geschäftsstelle)

Vorstand gewählt

Fast komplett ist unser Vorstand auf der Mitgliederversammlung im September wiedergewählt worden.



v.lks.n.re. Barbara Griepenburger, Christoph Heidbreder, Karola Mair, Josef Wies.

Wir hoffen, dass wir bald eine/n Nachfolger/in von Werner Lensing, dem wir auch an dieser Stelle noch einmal herzlich für sein langjähriges Engagement in unserem Vorstand danken, präsentieren können.

„Kinderkram (!)“-Veranstaltung

„Wenn die Wunde verheilt ist, schmerzt die Narbe. – Frühkindliche Traumatisierung und ihre Folgen.“ So der Titel des Vortrags mit Diskussion im Rahmen unserer Reihe „Kinderkram (!)“. Eingeladen war Alexander Korittko, systemischer Lehrtherapeut, langjähriger Mitarbeiter einer Jugend-, Familien- und Erziehungsberatungsstelle sowie Mitbegründer des Zentrums für Psychotraumatologie und traumazentrierte Psychotherapie Niedersachsen. Nähere Infos: www.kinderschutzbund-muenster.de.



Unser Forderung lautet: Kinderarmut endlich überwinden!

Im Rahmen einer bundesweiten Aktion des Deutschen Kinderschutzbundes hat unser Ortsverband erstmals im September 2007 mit einer spektakulären Fähnchenaktion am Aasee auf das Problem der Armut von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht. Auch dank dieser Aktion hat die Stadt Münster in den letzten Jahren viele Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut ergriffen.

Grenzen gibt es für lokal Handelnde aber da, wo bundesweite Gesetze nicht greifen, wie im Fall des gescheiterten Bildungs- und Teilhabepaketes. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung bisher keine wirksamen Maßnahmen gegen Kinderarmut ergriffen hat. Im Folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung unseres Bundesverbandes vom 17.10.2016, der zusammen mit vielen anderen Organisationen fordert, endlich konkrete Schritte gegen Kinderarmut zu ergreifen.

„Knapp drei Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen – also jedes fünfte Kind. Materielle Armut ist ein zentraler Risikofaktor für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut fordert ein Bündnis aus 40 Sozial- und Familienverbänden und Kinderschutzzorganisationen um die Nationale Armutskonferenz von der Politik konkrete Schritte gegen Kinderarmut.“

„Die Kinderarmut ist seit Jahren anhaltend hoch, obwohl unsere Wirtschaft brummt und die Erwerbstätigenzahlen stetig steigen“, sagt Heinz Hilgers, Präsident des DKSB. „Es bedarf politischen Muts und Willens über Parteigrenzen hinweg, um Kinderarmut zu überwinden.“ Im Aufruf „Keine Ausreden mehr: Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen!“ formuliert das Bündnis drei Schritte gegen Kinderarmut, die jetzt in die Programmdebatte der Parteien zur Bundestagswahl einfließen sollen:

Das Existenzminimum von Kindern muss realistisch ermittelt werden. Der Bedarf, der im Regelsatz festgelegt ist, darf nicht einfach aus Ausgabepositionen der ärmsten Haushalte abgeleitet werden. Es gilt die tatsächlichen Bedürfnisse u.a. für Kleidung und Schulmaterial zu erheben.

Die Ungerechtigkeiten in der Familienförderung müssen abgebaut werden. Aktuell werden Kinder gutverdienender Eltern durch die Kinderfreibeträge stärker unterstützt als Kinder Erwerbsloser oder mittlerer Einkommensbeziehender.

Leistungen müssen einfacher gestaltet und leichter zugänglich sein. Langfristig sollten Familien alle Leistungen für ihre Kinder über eine Stelle in einem Auszahlungsbetrag beziehen.

„Diese Forderungen sind leider nicht neu und bleiben auch weiterhin hochaktuell“, kritisiert DKSB-Präsident Hilgers.



Tausende Fähnchen machen schon 2007 auf Kinderarmut in Münster aufmerksam

Dabei habe es allein in diesem Jahr an Gelegenheiten nicht gemangelt: „Von der vermurksten Neuberechnung der Hartz IV-Kinderregelsätze über die bei weitem nicht ausreichende Kindergelderhöhung bis zu keinerlei Rechtsvereinfachung beim Bildungs- und Teilhabepaket – die Bundesregierung hat nichts getan, um Kinderarmut wirksam zu verringern“, so Hilgers weiter.

Der DKSB schlägt vor, eine transparent berechnete sowie realitäts- und bedarfsgerechte Kindergrundsicherung einzuführen, die sich an dem orientiert, was Kinder für ein gutes Aufwachsen wirklich brauchen. Dafür setzt sich der Verband seit 2009 im Bündnis KINDERGRUND-SICHERUNG ein.

Den Aufruf „Keine Ausreden mehr: Armut von Kindern und Jugendlichen endlich bekämpfen!“ finden Sie unter www.nationalearmutskonferenz.de“

Impressum

Deutscher Kinderschutzbund, OV Münster e.V.
V.i.S.d.P.G.: Geschäftsführer Dieter Kaiser
Redaktion: Andrea Kuleßja
Nicht alle Artikel spiegeln unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Berliner Platz 33, 48143 Münster
info@kinderschutzbund-muenster.de
www.kinderschutzbund-muenster.de
www.facebook.com/kinderschutzbund.ms
www.twitter.com/DKSB_Muenster
Tel.: 0251 47180, Fax: 0251 511478
Copyright: DKSB OV Münster 2016

Unterstützt von



Forum

Wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit, Ihre Unterstützung und neue Projekte!

Ihr **einblick** Redaktionsteam

Konzept und Layout
www.agenta.de

agenta
werbeagentur

Kontakt

Geschäftsstelle: 0251 47180
Mo, Di, Do, Fr: 9:30 - 12 Uhr
Di: 16 - 18 Uhr
Offene Sprechstunde: 0251 47180
Di: 16 - 18 Uhr, Do: 9:30 - 11 Uhr
Kinder- und Jugendtelefon: 116 111
Elterntelefon: 0800 111 0550

Spendenkonto:
Sparda-Bank Münster
IBAN DE57 4006 0560 0000 9022 33
BIC GENODEF 1 S08
Sparkasse Münsterland Ost
IBAN DE19 4005 0150 0034 3528 49
BIC WELADED 1 MST